

## Axel Spies US-Handelsministerium kritisiert EU-Pläne zur Reform der Datenschutz-RL

ZD-Aktuell 2012 03/12

Wie die Organisation EDRI (*European Digital Rights*) berichtet, hat das US-Handelsministerium eine intensive Lobbying-Kampagne gegen den durchgesickerten Entwurf des Überarbeitungsvorschlags der DS-RL 95/46/EC v. 29.11.2011 (<http://statewatch.org/news/2011/dec/eu-com-draft-dp-reg-inter-service-consultation.pdf>) angestoßen. Bislang ist es nur zu Telefongesprächen zwischen dem Handelsministerium und der oberen Ebene der Mitarbeiter der EU-Kommission gekommen. Hierbei ging es um Themen wie die Auswirkung der Vorschläge auf US-Unternehmen, internationale Organisationen, die Übermittlung von Passagierdaten (PNR), nationale Sicherheit, Strafverfolgung, Handel und Innovation. Eine recht kritische „informelle Notiz“ ([http://edri.org/files/12\\_2011\\_DPR\\_USlobby.pdf](http://edri.org/files/12_2011_DPR_USlobby.pdf)) wurde vom Handelsministerium ebenfalls Ende Dezember 2011 verbreitet.

In dieser Notiz, die eher einem umfangreichen Memorandum gleicht, äußert das Handelsministerium u.a. Kritik an den vorgeschlagenen Regelungen zum Bruch der Datensicherheit, die „überaus streng“ seien. Die Kosten für die Compliance würden den Nutzen für die Bürger bzw. Konsumenten überwiegen. Eine weitere Zielscheibe der Kritik ist das von der EU-Kommission vorgeschlagene „Recht, vergessen zu werden.“ Im Wesentlichen geht es bei diesem Recht da-

rum, dass Individuen gem. Art. 15 Abs. 1 des Entwurfs einen Löschungsanspruch für ihre personenbezogenen Daten haben, wenn

- ☛ diese nicht länger notwendig sind in Bezug auf den Zweck, für den die Daten gesammelt oder anderweitig verarbeitet werden, oder
- ☛ der Betroffene seine Zustimmung zurückzieht, auf der die Verarbeitung basiert [...], oder
- ☛ der Betroffene der Verarbeitung der Daten nach Art. 17 [des Entwurfs] widerspricht oder
- ☛ die Verarbeitung anderweitig nicht mit dieser Verordnung in Einklang steht.“

Weiterhin heißt es in Abs. 2 der Vorschrift: Wenn „die verarbeitende Stelle (controller) nach Abs. 1 die Daten öffentlich gemacht hat, muss sie insbesondere die Löschung von jedem Internetlink hierauf, jeder Kopie hiervon oder Replizierung der personenbezogenen Daten, die sich auf den Betroffenen beziehen, sicherstellen, die in jedem öffentlich erhältlichen Kommunikationsdienst enthalten sind, der die Suche bzw. den Zugang zu diesen personenbezogenen Daten erlaubt oder vereinfacht.“

Zu diesem Art. 15 heißt es in der informellen Notiz, dass die Einräumung eines solchen Recht „unrealistisch“ sei, da einmal in den Verkehr gebrachte personenbezogene Daten weiter verteilt würden –

auch über die Grenze hinweg. Außerdem sei das „Recht, vergessen zu werden“ nicht mit dem Recht auf freie Rede und Meinungsäußerung in Einklang zu bringen. Die vorgeschlagenen Regeln seien für Unternehmen nicht praktikabel und brächten den Verbrauchern und der Öffentlichkeit wenig Vorteile.

Das *Ministerium* äußert sich auch zu den vorgeschlagenen Regelungen über den Schutz von Kindern skeptisch. In den USA bestehen hierzu detaillierte Regelungen nach dem Child Online Privacy Protection Act – COPPA. Das *Ministerium* ist der Ansicht, dass die vorgeschlagenen Regelungen, welche Minderjährigen unter die Vorschriften fallen sollen (nach COPPA unter 13 Jahren, nach dem EU-Entwurf unter 18 Jahren), unbedingt einer Angleichung bedürfen.

Was den Datentransfer aus der EU zu Ländern mit „angemessenem Datenschutz“ (aus EU-Sicht) betrifft, ist das *Ministerium* der Ansicht, dass die von der EU vorgeschlagenen Regeln viel zu kompliziert seien und eine weitaus höhere Maßlatte anlegten, indem z.B. Regeln aus den Bereichen Sicherheit, Verteidigung, Strafrecht usw. zukünftig bei der Beurteilung der Angemessenheit herangezogen werden müssten. Beurteilungen der Angemessenheit würden hierdurch komplizierter und würden sich erheblich verzögern. Alternative Lösungen zum Datentransfer, wie die APEC Cross Border Privacy Rules, sollen von der EU endlich als angemessen anerkannt werden. Die Regeln über die internationale Zusammenarbeit der Behörden (z.B. der *FTC* oder der *SEC* mit ihren europäischen Gegenstücken) seien ebenfalls unzureichend.

Das *Ministerium* verweist ferner auf die schon lange schwelenden Konflikte bei Datentransfers i.R.v. internationalen zivilgerichtlichen Klageverfahren in die USA: Art. 42 des Entwurfs würde den Konflikt zwischen den Beweiserhebungsmethoden in den USA und in Europa nur noch verschärfen (vgl. zu den rechtlichen Auseinandersetzungen um die internationale „E-Discovery“ *Spies/Schröder*, MMR 2008, 275 ff.).

※ Vgl. zum Entwurf der DS-VO bereits *Spies*, ZD-Aktuell 2011, 121; ferner das Editorial von *Herrmann*, ZD 2012, 49 – in diesem Heft.

Dr. Axel Spies

ist Rechtsanwalt bei Bingham McCutchen in Washington DC und Mitherausgeber der Zeitschrift ZD.

## EDSB: Herausforderungen im Jahr 2012

ZD-Aktuell 2012, 427 ff.

in einer Stellungnahme v. 10.1.2012 ([http://www.edps.europa.eu/EDPSWEB/webdav/site/mySite/shared/Documents/Consultation/Priorities/12-01-10\\_EDPS%20Inventory\\_2012\\_EN.pdf](http://www.edps.europa.eu/EDPSWEB/webdav/site/mySite/shared/Documents/Consultation/Priorities/12-01-10_EDPS%20Inventory_2012_EN.pdf)) beschreibt der Datenschutzbeauftragte der EU (EDSB) *Peter Hustinx* die vier voraussichtlichen Schwerpunkte seiner Tätigkeit im Jahr 2012.

Neben der geplanten EU-Datenschutzverordnung, die in allen 27 Mitgliedstaaten unmittelbar geltendes Recht werden soll, handelt es sich dabei auch um die technologischen Entwicklungen und die Digitale Agenda, Rechte des geistigen Eigentums und des Internet. Dabei geht es um die Rahmenbedingun-

gen für elektronische Identifizierung, Authentifizierung und Signaturen, die Internetüberwachung, Cloud-Computing und eHealth.

Als dritten Schwerpunkt nennt *Hustinx* die Überwachung der Sicherheits- und Freiheitsrechte im Bereich der Speicherung von Fluggastdaten, Grenzkontrollen, die Überarbeitung der RL zur Vorratsdatenspeicherung und Verhandlungen mit Drittländern zum Datenschutz. Des Weiteren will sich der *EDSB* mit Fragen der Reform des Finanzsektors beschäftigen. Darüber hinaus will *Hustinx* Themen wie u.a. das Recht am geistigen Eigentum, Online-Geldspiele und Open-Data „regelmäßig beobachten“.